

MAI 2024

Schweizer Revue

Die Zeitschrift für
Auslandschweizer:innen



Dayana Pfammatter, Volksmusik-Pionierin: Sie hat als Erste das Jodeln studiert

**Die Schweiz, Insel des Wohlstands, hat ihre Kehrseite:
Die Kosten fürs Leben werden für viele zur enormen Last**

**Fussball in der Schweiz: Stürmisch bei der Integration,
aber ziemlich zögerlich bei der Frauenförderung**

E-Government: Einfacher digitaler Kontakt zur Verwaltung

Die Schweizer Verwaltungen erbringen ihre Leistungen vermehrt digital. Das dient der Schweizer Bevölkerung und im Besonderen den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern. Seit 2024 verfolgen Bund, Kantone, Städte und Gemeinden die gemeinsame Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027». Sie legen darin fest, wie die digitale Transformation der Verwaltung im föderalen Kontext vorangetrieben wird.



Foto: iStock

Der Beauftragte von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz, Peppino Giarritta, informiert im Interview, auf welche Meilensteine sich die Nutzenden freuen können.

Die Strategie sieht vor, dass Verwaltungen als vernetztes Gesamtsystem durchgängig digitale Behördenleistungen erbringen. Allen Nutzenden soll eine effektive, transparente und sichere digitale Interaktion mit der öffentlichen Verwaltung ermöglicht werden. Was ist Ihre Vision?

Meine Vision ist, dass die Bevölkerung von durchgängigen digitalen Angeboten profitiert.

Peppino Giarritta

Meine Vision ist, dass die Bevölkerung von durchgängigen digitalen Angeboten profitiert. Durchgängig heisst, dass die Nutzenden von Behördenleistungen gar nicht merken müssen, mit welcher Staatsebene – Bund, Kanton oder Gemeinde – sie zu tun haben. Die Leistungen ihrer Behörde sind auf ihre Lebenssituationen und Bedürfnisse zugeschnitten. So macht ihnen die Verwaltung das Leben einfacher. Die Verwaltung stellt sicher, dass sie von überall gut erreichbar ist und ihre Angebote einfach auffindbar sind. Wer genau zuständig ist, muss für die

Nutzenden nicht im Vordergrund stehen. Gleichzeitig ist Transparenz gefordert: Es ist klar, wer handelt und in welcher Phase der Prozess ist. Das schafft Vertrauen.

Um die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden zu stärken, wurde die Digitale Verwaltung Schweiz gegründet. Welche Erfolge hat sie in den ersten zwei Jahren erzielt?

Seit dem 11. Januar 2024 kann ein erster Dienst, entstanden aus einem DVS-Projekt, genutzt werden: Der Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden AGOV wird von den Kantonen Zürich und Appenzell-Ausserrhoden als schweizweites Behörden-Login pilotiert und bald auch in weiteren Kantonen angeboten. Die Idee eines einzelnen Logins für Behördenleistungen soll den Nutzenden das Leben vereinfachen.

Für den Ausbau weiterer Behördenangebote und Grundlagen hat die DVS eine zusätzliche Finanzierungsquelle erhalten: Bund und Kantone haben vereinbart, gemeinsam dringend erforderliche digitale Infrastrukturen und Basisdienste für die Jahre 2024 bis 2027 zu fördern. Ein Schlüsselprojekt der Agenda DVS ist zum Beispiel die staatliche E-ID und der Aufbau der dafür erforderlichen Vertrauensinfrastruktur. Ein anderes Projekt ist die Ermöglichung von E-Voting: Hier ist 2023 die Wiederaufnahme des Versuchsbetriebs in mehreren Kantonen erfolgreich gestartet.



Wenn der Datenaustausch funktioniert, ist das auch von Vorteil für die Auslandschweizerinnen und -schweizer.
Illustration DVS



Mit der Agenda DVS wird die Bereitstellung von dringend erforderlichen Infrastrukturen und Basisdiensten beschleunigt und der Aufbau der digitalen Verwaltung in der Schweiz substanziell vorangetrieben. Illustration DVS

Ein besonderer Erfolg, den ich hervorheben möchte, ist auch die gemeinsam erarbeitete Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027». Sie wurde Ende 2023 vom Bundesrat, den Kantonen sowie durch den Schweizerischen Gemeindeverband und den Schweizerischen Städteverband verabschiedet. Die Strategie ist am 1. Januar 2024 in Kraft getreten und dient den öffentlichen Verwaltungen aller föderaler Ebenen als Kompass, um die Entwicklung der digitalen Verwaltung koordiniert und zielorientiert voranzutreiben.

Welche Fortschritte sollen in den nächsten vier Jahren bei den digitalen Verwaltungsleistungen in der Schweiz erzielt werden?

Es gilt die E-ID einzuführen. Im Weiteren sollen Behördenportale interoperabel werden. Das heisst, dass sie untereinander verknüpft sind und es einen einfachen Zugang dazu gibt. Eine elektronische Identität soll zukünftig den sicheren Zugang dazu ermöglichen. Weiterhin Thema ist eine bessere Auffindbarkeit der Dienste: Die Nutzenden sollen ohne lange Suche die benötigten Online-Angebote finden. Nebst dem schaffen wir auch im Datenmanagement Grundlagenarbeit für eine sichere wertschöpfende Nutzung von Daten über alle Staatsebenen. Die Kultur bei den Verwaltungen soll und wird sich ändern,

hin zu einer vernetzten Organisation, die zugänglich und nah bei den Leuten ist, indem sie die Bedürfnisse der Nutzenden ins Zentrum stellt.

Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern den Kontakt mit den Behörden zu erleichtern?

Grundsätzlich kann man festhalten: Wenn der Datenaustausch und die gute föderale Zusammenarbeit in der Schweiz funktionieren, ist das auch von Vorteil für die Auslandschweizerinnen und -schweizer. Dieser Austausch und diese Zusammenarbeit sind wichtige Voraussetzungen für durchgängige digitale Behördenleistungen. So braucht es Schnittstellen zu den konsularischen Diensten, damit auch das Online-Angebot in diesem Bereich wachsen kann. Einwohner – Konsulat – Gemeinde – diese Prozesse können dadurch vereinfacht werden: Auch im Ausland sollen Behördengeschäfte einfach online erledigt werden können.



Foto DVS

Dr. Peppino Giarritta ist Beauftragter von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz. Der promovierte Physiker und Wirtschaftsingenieur ist für die Koordination der digitalen Transformation zwischen den verschiedenen föderalen Ebenen zuständig. Die Zusammenarbeitsorganisation «Digitale Verwaltung Schweiz» besteht seit 2022. Sie gestaltet die strategische Steuerung und Koordination der Digitalisierungsaktivitäten von Bund, Kantonen und Gemeinden.